

**GEW Bayern fordert:**

**Verbrechen des NSU und Versäumnisse der Behörden aufklären!**

Die umfassende Aufklärung der Verbrechen des NSU und der Versäumnisse der staatlichen Behörden im Zusammenhang mit dem Erstarken der rechtsextremen Szene ist im originären Interesse der Gewerkschaften. Nur so lässt sich unser Grundsatz „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus“ umsetzen.

Am 6. Mai 2013 soll nun voraussichtlich das Strafverfahren wegen Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung (NSU) u.a. in München beginnen. Über zwölf Jahre nach diesem mutmaßlich ersten politisch motivierten Mord des NSU in Bayern kommt es endlich zur gerichtlichen Aufarbeitung der Taten. Das Oberlandesgericht München besitzt unser Vertrauen, dieses Verfahren trotz der Drohungen aus der extremistischen Rechten fair und gewissenhaft durchzuführen. Durch Angriffe und Bedrohungen von Neonazis gegenüber (antifaschistischen) Gewerkschaftsmitgliedern in Bayern wissen wir aus persönlicher Betroffenheit, wie sich neofaschistische Aggressionen heute zeigen und sich in unserer politischen Arbeit auswirken.

„Unsere Forderung an die PolitikerInnen bleibt: Schaffen Sie die Voraussetzungen für gute Bildung, eine solidarische und demokratische Gestaltung der politischen Vertretung, und die garantierte Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger am gesellschaftlichen Leben, und verhindern Sie damit die Verbreitung rechtsextremen Gedankenguts in der Gesellschaft“, so Gele Neubäcker Vorsitzende der GEW Bayern.

Wenn Tausende am 13. April 2013 wegen des Prozessbeginns gegen den NSU in München demonstrieren und trotzdem noch in der Nacht darauf die Scheiben der Geschäftsstelle des Bayerischen Flüchtlingsrates zu Bruch gehen, zeigt sich, wie fragil der gesellschaftliche Konsens gegen Rechts ist. Wenn selbst zum Tag der Arbeit 2013 der Bundesvorsitzende der „Jungen Nationalen“ (JN) Andy Knappe die Rechtsextremen zur sichtbaren Teilnahme an den Feierlichkeiten des DGB aufruft, und sie auffordert, mit den weißen Händen der ausländerfeindlichen „Identitätskampagne“ an diesem Tag ihre politische Haltung zu zeigen, um nicht die „Besetzung sozialer Themen“ den Gewerkschaften zu überlassen, dann wird um so klarer, in welchem besonderen Maße wir GewerkschafterInnen als Garanten der Demokratie gefordert sind.

Eine umfassende Aufklärung dient auch zur Verhinderung solcher Taten in der Zukunft. Dazu ist es aber zwingend erforderlich, die extremistischen Strukturen vollständig offen zu legen und die Rolle der bayerischen Behörden aufzuklären. Auch dazu sollte der Prozess vor dem Oberlandesgericht dienen. Sollten für die staatlichen Organe unbequeme Tatsachen ans Licht kommen, wäre dies nun erneut ein Anlass, insbesondere den Verfassungsschutz auf seine originären Aufgaben hin neu zu organisieren, wie dies der bekannte Anwalt und Verfassungsrechtler Dr. Klaus Hahnzog fordert. Erst die Einrichtung eines „Verfassungsschutzbeauftragten“, die Stärkung der parlamentarischen Kontrolle und die Streichung des Einsatzes von V-Leuten seien dazu geeignet, zu den demokratischen Grundsätzen zurück zu kehren.

Für den Prozess gegen den NSU bedeutet dies: Die Transparenz und nicht die Vertuschung muss die Leitlinie von Ermittlung und Verhandlung sein. Durch den Einsatz von V-Leuten in der Szene ist staatliches Geld in den rechtsextremen Untergrund geflossen. Die Hintergründe dazu sind vollständig aufzuklären. Wir halten es deshalb für dringend erforderlich, dass der Untersuchungsausschuss „Rechtsterrorismus in Bayern – NSU“ seine Arbeit in dieser Legislaturperiode so lange als nötig fortsetzt und gegebenenfalls im Herbst der Untersuchungsauftrag fortgeschrieben wird.